

Hamburg, Juni 2002

IFSH-FORSCHUNGSPROGRAMM
(inkl. Forschungsplanung)
2002/2003

Die Zivilisierung des Konflikts.
Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung in und durch Europa

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|--|-------|
| 0 | Vorbemerkung | S. 2 |
| 1 | Theoretische und konzeptionelle Überlegungen zum Charakter moderner Gewaltkonflikte und zur friedenspolitischen Rolle der OSZE und der EU | S. 3 |
| 2 | Gegenstand und Ziele | S. 7 |
| 3 | Forschungsrahmen und Forschungsfelder | S. 8 |
| 4 | Forschungsplanung/-vorhaben „OSZE-Forschung“ und „Europäische Sicherheitspolitik“ 2002-2003 | S. 13 |
| 4.1. | Gewalt- und Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedens- konsolidierung. Arbeitsfelder und -instrumente der OSZE (und der VN) | S. 13 |
| 4.2 | Gewalt- und Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Arbeitsfelder und -instrumente der EU | S. 16 |
| 5 | Forschungsplanung Interdisziplinäre Forschungsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung (IFAR) 2002-2003 | S. 20 |
| 6 | Forschungsorganisatorischer Ausblick | S. 22 |
| 6.1 | Nationale und internationale Kooperation | S. 22 |
| 6.2 | Personaleinsatz und Qualifizierung | S. 24 |

0. Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat hat nach der im Juli 2001 durchgeführten Evaluation des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) in seiner abschließenden Stellungnahme vom 17. Mai 2002 empfohlen, „ein klares Forschungsprofil zu entwickeln“ und sich mit dem Ziel, „eine größere inhaltliche Konsistenz zu erlangen, (...) künftig auf OSZE-Forschung und Europäische Sicherheitspolitik zu konzentrieren und eine entsprechende Umstrukturierung seiner Arbeitsbereiche durch personelle Umschichtungen vor(zu)nehmen.“

Das hier nun vorgelegte Forschungsprogramm des IFSH gilt für die Jahre 2002 und 2003, schließt über die Laufzeiten bereits bewilligter bzw. geplanter Forschungsvorhaben partiell auch das Jahr 2004 mit ein. Neue Forschungsvorhaben werden, unter besonderer Beachtung ihres Beitrages zur Schärfung und Konsolidierung des künftigen Forschungsprofils geplant, konzipiert und zur Bewilligung von Drittmitteln vorbereitet. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf die konzeptionelle und strukturelle Stärkung des weltweit anerkannten Forschungspotenzials des Zentrums für OSZE-Forschung / Centre for OSCE-Research (CORE) sowie auf den Ausbau des zweiten Forschungsschwerpunktes „Friedens- und Sicherheitspolitik der EU“ mit dem Ziel gelegt, am IFSH innerhalb von drei Jahren (2004) ein „Zentrum für EUropäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) - Centre for European Peace and Security Studies zu etablieren.

Die Konsolidierung bzw. der Aufbau der Forschungsschwerpunkte OSZE und Europäische Sicherheitspolitik geht einher und gründet auf die auch vom Wissenschaftsrat anerkannten Leistungsstärken des IFSH als praxisgerichtetes sowie trans- und interdisziplinär forschendes Institut. Der Arbeitsbereich Rüstungskontrolle und Abrüstung wird in eine interdisziplinäre Forschungsgruppe „Abrüstung und Rüstungskontrolle“ (IFAR) umgewandelt. Hier sollen zum einen die über Jahre hinweg erworbenen Kompetenzen - insbesondere in den Bereichen kooperative Rüstungssteuerung (Graf Baudissin) und präventive Rüstungskontrolle - erhalten bleiben und Fragen der Rüstungsdynamik, der Rüstungskontrolle mit naturwissenschaftlichem Hintergrund und der Weiterverbreitung neuer Technologien bearbeitet werden. Grund ist die fortschreitende Rüstungsdynamik nach Ende des Ost-West-Konflikts, die zwar unter veränderten Vorzeichen und in neuen Konstellation von Akteuren, Strukturen und Prozessen zu Tage tritt, doch in ihrer Wirkung auf die Weltpolitik ungebrochen ist. Das Besondere der IFAR liegt in ihrer engen Verzahnung von Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft. Die hohe internationale Kooperation soll weiter ausgebaut werden.

Die unter Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen des IFSH getroffene Empfehlung des Wissenschaftsrates einer Konzentration auf zwei profilbildende Arbeitsbereiche dient der Stärkung eines langfristig tragfähigen Fundaments für solide, ausbaufähige und ergänzende Forschungsleistungen. Querschnittsthemen der Weltinnenpolitik, zum Beispiel Terrorismus, globale Krisenprävention, insbesondere im Umgang mit knappen Ressourcen (Wasser), sind dabei von großer Brisanz und von strategischer Bedeutung auch für Untersuchungen zur europäischen Sicherheitspolitik. Die hierbei vorhandenen Kompetenzen des IFSH werden in den folgenden Jahren zur Stärkung der beiden forschungspolitischen Pfeiler des Instituts genutzt und in diese integriert. Angesichts der wachsenden Bedeutung dieser Themen für die internationale Sicherheit und den Frieden in der Welt verliert das IFSH nicht das Ziel aus den Augen, in fünf bis zehn Jahren ein kohärentes Forschungsprofil auch für diesen Bereich zu entwickeln.

Das IFSH-Forschungsprogramm, das erstmals im Frühjahr 2001 vom Institutsrat des IFSH verabschiedet wurde, wird prinzipiell jährlich fortgeschrieben und nach jeweils fünf Jahren einer grundsätzlichen Prüfung unterzogen. Die diesjährige Fassung berücksichtigt bereits die Schlussfolgerungen aus den Hinweisen und Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom 17. Mai 2002.

1. Theoretische und konzeptionelle Überlegungen zum Charakter moderner Gewaltkonflikte und zur friedenspolitischen Rolle der OSZE und der EU

Die forschungsleitende Vision des IFSH: „Die Zivilisierung des Konflikts. Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung“ wurde durch den Wissenschaftsrat in dessen Bewertungsbericht ausdrücklich gewürdigt. Sie wird insofern wichtige Richtschnur für die Berücksichtigung der konzeptionellen und der strukturellen Empfehlungen des Wissenschaftsrates bilden.

Bei der Wahl des Themas „Zivilisierung des Konflikts“ hat sich das Institut zum einen auf die eigenen Vorarbeiten und langen Entwicklungslinien des IFSH gestützt. Zum anderen haben sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Institutes von theoretischen Überlegungen leiten lassen, wie sie u.a. Dieter Senghaas mit seinem Konzept des Zivilisatorischen Hexagons vorgelegt hat oder wie sie die Struktur- und Findungskommission des BMBF in ihren Empfehlungen „Umgang mit gefährlichen friedensgefährdenden Konflikten“ hat einfließen lassen.

Unter „Konflikt“ wird ein Zustand sozialer Beziehungen verstanden, in dem die Interessen von als wesentlich zu bezeichnenden sozialen Akteuren oder Akteursgruppen konkurrieren oder unvereinbar sind und das Verhältnis der Akteure oder Akteursgruppen zueinander durch deren Bestreben gekennzeichnet ist, durch den Einsatz von Machtmitteln Vorteile zu erlangen oder zu behaupten und die jeweiligen Interessen und Ziele durchzusetzen. Das IFSH betrachtet Konflikte als produktive Bewegungs- und Entwicklungsformen sozialer Beziehungen, sofern deren Regelung und Verregelung ausschließlich mit friedlichen, .d.h. gewaltfreien Mitteln verfolgt wird. Im Unterschied dazu stellen gewaltsam ausgetragene Konflikte eine unproduktive und destruktive Form der Konfliktregulierung dar. Gestützt auf eine solide Konfliktanalyse ist der Forschungsfokus des IFSH auf die Art und Weise der Konfliktbearbeitung mit dem Ziel der Gewaltprävention und der Zivilisierung des Konfliktaustrags gerichtet.

„Zivilisierung“ meint Überführung der Gewaltoption aus der interessengeleiteten Beliebigkeit einzelstaatlicher Verfügung in die Zuständigkeit der internationalen Rechtsgemeinschaft nach verbindlichen Rechtsregeln zur gemeinsamen Rechtswahrung gegen individuellen Rechtsbruch. Oder einfacher: Überwindung des Krieges als Verkehrsform zwischen Staaten, so wie andere barbarische Verkehrsformen - Kannibalismus, Inquisition, Sklaverei - im Prozess der Zivilisierung aus der Gesellschaftswelt verschwunden ist. In einem weiteren Verständnis schließt der Zivilisierungsprozess die Gesamtheit solcher politischen und sozialen Interaktionen ein, die darauf zielen, gewaltregulierende und -reduzierende Wirkung zu entfalten und in inner- wie zwischengesellschaftlichen Strukturen humanitäre Standards zu verankern.“

Die Satzung des IFSH verpflichtet das Institut auf die „Durchdenkung der Probleme der Friedenssicherung“ und die „Anfertigung von sicherheitspolitischen Studien unter spezifisch europäischen und deutschen Aspekten“ (§ 2, Abs. 2, 1 u. 3). Zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Satzung im Jahre 1980 waren damit vor allem „Bestandsaufnahme und

laufende[n] Orientierung über das strategische Denken in Ost und West“ (Satzung, § 2, Absatz 2, 4) gemeint.

Heute gilt es, diesen Satzungsauftrag unter grundlegend veränderten Bedingungen neu zu interpretieren. Die auf wechselseitige nukleare Drohung gestützte, damit scheinbar unaufhebbare und von vielen deswegen für dauerhaft gehaltene bipolare Ordnung der Ost-West-Konfrontation hat sich in historisch beispiellos kurzer Zeit aufgelöst, weil die realsozialistische Staaten- und Gesellschaftswelt an ihren inneren Widersprüchen zugrunde gegangen ist. Hinter der Fassade dieser alten „Ordnung“ kam eine als neu empfundene Unübersichtlichkeit internationaler Beziehungen zum Vorschein, die zwar in manchem an das bekannte Muster traditioneller Staatenkonkurrenz erinnert, aber auch unübersehbar neue Züge trägt. Gut ein Jahrzehnt nach dieser Zeitenwende ist es der Theorie Internationaler Beziehungen noch nicht gelungen, ein schlüssiges Erklärungsmuster dieses neuen Systems internationaler Beziehungen zu entwerfen.

Dennoch sind vier sich wechselseitig beeinflussende Entwicklungstendenzen auszumachen, deren heute erst in Ansätzen geleistete Verknüpfung einmal die Grundlage einer modernen Theorie Internationaler Beziehungen schaffen könnte: Globalisierung, Eine Weltmacht, Regionalisierung und Fragmentierung. Gleichzeitig markieren diese Tendenzen den konzeptionellen Rahmen für die Befassung mit den gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik, in Europa und im globalen Maßstab.

Globalisierung bedeutet wechselseitige Abhängigkeit, Interdependenz von Staaten und Gesellschaften, angetrieben von einer wissenschaftlich-technologischen Revolution, für welche die Begriffe Informations-, Bio- und Mikrotechnologien kaum mehr als Hinweise darstellen, die auf das Tempo dieser Prozesse schließen lassen. Interdependenz meint zum einen wechselseitige Abhängigkeit von gemeinsamen Problemen, die kein Staat mehr allein lösen kann. Interdependenz bedeutet aber auch globalen Wettbewerb, globale Arbeitsteilung, höhere Gesamteffizienz und die Chance zu globaler Kooperation. Wie alle machtbezogenen Beziehungen ist auch Interdependenz grundsätzlich asymmetrisch angelegt: Reiche und mächtige Länder haben mehr Mittel, um mit den Gefahren fertig zu werden, und sie haben größere Möglichkeiten, die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Globalisierungsprozesse führen zu einer Relativierung der Handlungsmöglichkeiten von Staaten, zu diesen treten internationale Organisationen, transnationale Konzerne und nichtstaatliche Organisationen als neue Akteure in der internationalen Politik. Da die Globalisierung eine grundlegende und dauerhaft wirksame Entwicklungsrichtung des Systems internationaler Beziehungen darstellt, die letztlich jede Konfliktkonstellation direkt oder indirekt beeinflusst, müssen ihre Herausforderungen und Folgen auch in einem auf Europa konzentrierten Forschungsinstitut wie dem IFSH dahingehend untersucht und berücksichtigt werden, wie diese zum einen die Handlungszwänge und Handlungsoptionen der europäischen Staaten und Organisationen beeinflussen, und wie sie zum anderen auf die Fähigkeit Europas wirken, den Frieden und die Sicherheit auf dem Kontinent dauerhaft zu gewährleisten und die gestalterische Rolle Europas als Friedensmacht in der Welt zu stärken.

Es gibt heute nur noch *eine Weltmacht*, die in allen Aspekten Weltmacht ist. Insbesondere in der militärischen Dimension sind die USA allen anderen Staaten um eine qualitative Dimension voraus. Diesen Vorsprung wird in den kommenden Jahrzehnten kein Staat aufholen können. Die Vereinigten Staaten von Amerika treten allerdings nicht nur als „wohlwollender Hegemon“ auf, sondern auch als eine Macht, die ihr militärisches Dispositiv zuweilen unilateral zur Durchsetzung wirtschaftlicher oder politischer Interessen nutzt. In

nahezu allen Politikfeldern verfolgen die USA heute eine teils deutlich weniger kooperativ und auf multilaterale Problemlösungen ausgerichtete Politik als die Europäische Union. Exemplarisch hierfür stehen die Vertragswerke zur Rüstungskontrolle und Abrüstung, zum Klimaschutz oder auch zur internationalen Strafgerichtsbarkeit. Damit entstehen auf den klassischen Feldern von transatlantischer Kooperation und begrenztem Konflikt neue Kommunikations- und Koordinationserfordernisse, deren Zusammenhang mit dem nach wie vor vorhandenen Vorrat grundlegender Gemeinsamkeiten für den Forschungsschwerpunkt „Europäische Sicherheit“ auf neue Fragestellungen verweist.

Regionen bezeichnen subglobale Verdichtungsräume von Interdependenz. Regionalisierung kann eines, mehrere oder alle gesellschaftlichen Teilsysteme erfassen. OSZE-Europa steht für eine gemeinsame normative Basis, einen politischen Handlungszusammenhang und einen, wenn auch noch schwach strukturierten, sicherheitspolitischen Raum. Zwischen Atlantik und Ural sorgt der KSE-Vertrag für ein ungleich dichteres Rüstungskontrollregime. Das transatlantische Bündnis stellt die höchste institutionelle Form der sicherheitspolitischen Integration in der europäischen Großregion dar. In der EU kommen schließlich (fast) alle gesellschaftlichen Systeme in einer teils inter-, teils supranational organisierten Institution neuen Typs zur Deckung. Vergleichbare, wenn auch meist schwächer ausgebildete Tendenzen sind auch in anderen Weltteilen auszumachen. Prozesse der Regionalisierung stellen damit ein eigenständiges Phänomen inter- und transnationaler Beziehungen dar, das sich weder allein auf die nationalstaatliche noch auf die globale Ebene reduzieren lässt. Dies unterstreicht die Notwendigkeit der Stärkung des Arbeitsbereiches Europäische Sicherheit am IFSH und hat gleichzeitig zur Gründung des Zentrums für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) Anfang 2000 beigetragen. Die Einrichtung von zwei für das IFSH profilbildenden Forschungsbereichen, die sich mit der engeren bzw. weiteren Region Europa befassen, entspricht der satzungsgemäßen Ausrichtung des Instituts auf Europa. Mit der Konzentration seiner Forschung auf die Entwicklungen der OSZE und der EU berücksichtigt das IFSH zugleich die Empfehlung des Wissenschaftsrates zur weiteren Fokussierung.

Asymmetrische Interdependenz führt zu Globalisierungsgewinnern und -verlierern. Letztere leiden häufig unter Staatsschwäche, Staatszerfall, Staatszusammenbruch und nachfolgenden komplexen humanitären Notlagen. Staatszerfall meint, dass elementare Staatsfunktionen wie innere und äußere Sicherheit, Infrastruktur, Minimalversorgung etc. nicht mehr aufrecht erhalten werden können. In der Folge kommt es zu mehrdimensionalen und in aller Regel gewaltsam ausgetragenen *Fragmentierungsprozessen* entlang ethnopolitischer, religiöser und/oder regionaler Bruchlinien. Solche Konflikte sind zwar primär und vor allem in der Entstehung innenpolitischer Natur, ziehen allerdings in der Regel erhebliche zwischenstaatliche Konsequenzen nach sich. Prozesse von Staatszerfall beschränken sich zwar keineswegs auf die postkommunistischen Länder im OSZE-Raum, diese stellen jedoch den regionalen Schwerpunkt der OSZE-Konfliktprävention und somit auch der Forschung des Zentrums für OSZE-Forschung/Centre for OSCE Research (CORE) dar. Wegen ihrer Multidimensionalität und der vielfach fehlenden innenpolitischen Partner stellen Konflikte des beschriebenen Typs qualitativ neue Herausforderungen an Regulierungsversuche unter Inanspruchnahme externer Akteure dar. Der Untersuchung der Effizienz und Tauglichkeit der Verfahren und Instrumente der OSZE aber auch der EU, insbesondere durch deren Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, zu solchen Regulierungsversuchen konstruktiv beizutragen, wird durch das IFSH breiter Raum gegeben.

Gewaltkonflikte in der Gegenwart verweisen in der Regel auf komplexe Ursachen, kausale Zusammenhänge, Erscheinungsformen und Folgen. Weder in der Prävention noch in der Beilegung dieser Konflikte können eindimensionale Strategien genügen. Die friedenspolitisch

orientierte Wissenschaft ist gefordert, auf der Grundlage sachkundiger Expertise und einer fundierten Analyse langfristig taugliche und praktikable Lösungsangebote zu unterbreiten. Trans- und Interdisziplinarität bilden - neben dem Wirklichkeitsbezug der Forschungen - wichtige Koordinaten für die Forschung am IFSH und sind zugleich ein Ausweis seiner Stärke. Besondere Kompetenzen hat das IFSH seit seiner Gründung in der Interaktion sozial- und naturwissenschaftlicher Disziplinen auf dem Feld der Rüstungskontrolle und Abrüstung nachgewiesen, welche für alle Untersuchungen zur Prävention und die Beilegung von (bewaffneten) Gewaltkonflikten von Bedeutung sind. Sowohl im Rahmen der Erforschung der Möglichkeiten der EU und der OSZE, zur Gewaltprävention und zur Friedenskonsolidierung in Europa und darüber hinausreichend beizutragen, als auch in der Analyse der globalen Wirkungsbedingungen europäischer Friedens- und Sicherheitspolitik kommt dem Instrumentarium der Rüstungskontrolle eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus bietet Rüstungskontrolle eine Perspektive auch für dezentrale, nicht spezifisch akteurszentrierte Konfliktbearbeitungsformen.

Die intensive Zusammenarbeit mit den beiden forschungspolitischen Säulen des IFSH - OSZE und Europäische Sicherheitspolitik - an gemeinsamen Fragen versteht sich als Beitrag zur übergreifenden Fundierung des gemeinsamen Forschungsprofils und zugleich als wegweisender Ansatz, die Auswertung spezifischer Erfolge und Erfahrungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung auf dem Kontinent für die Entwicklung von Konzepten zur Stärkung der globalen Rolle Europas als „Friedensmacht“ in der Welt zu erschließen.

Die Europäische Union ist bereits in ihrer heutigen Gestalt mehr als nur ein regionales Sicherheitssystem - sie ist unstrittig im Binnenverhältnis ihrer Mitglieder zueinander eine Friedensordnung. Ein kriegerischer Konflikt zwischen EU-Mitgliedern kann heute mit Fug und Recht als ausgeschlossen gelten. Integration, wechselseitige Abhängigkeit und Verwundbarkeit haben sich im westlichen Europa, neben gemeinschaftlichem Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand, als das Erfolgsrezept der Friedenskonsolidierung nach den zwei verheerenden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts erwiesen. Frieden durch Integration heißt kurzgefasst die Erfahrung, die EU-Europa in die gesamteuropäische Zukunft einbringen kann. Das Bestreben der meisten Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas zur Teilhabe an der EU-Integration zeugt von der mobilisierenden Beispielkraft der Friedensordnung EU über ihre Grenzen hinaus. Es unterstreicht die einmalige Chance, in einer erweiterten Union das Projekt einer dauerhaften und prosperierenden Friedensordnung in größerem europäischen Rahmen Wirklichkeit werden zu lassen und gleichzeitig die Verantwortung der wachsenden Gemeinschaft, eine dauerhaft kohärente, glaubwürdige und in sich schlüssige, kollektive Friedens- und Sicherheitspolitik zu gestalten, welche gestützt auf eine effiziente europäische Sicherheitsstruktur einen Beitrag zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu leisten imstande ist. Dem Verfassungsgrundsatz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, „dem Frieden in der Welt zu dienen“, kommt dabei einer aktiven friedenspolitische Rolle der Bundesrepublik innerhalb und für die Weiterentwicklung der Union besondere Bedeutung zu.

Die KSZE/OSZE ist eine historische Errungenschaft der sicherheitspolitischen Kooperation in Europa. Außer Zweifel steht, dass ihr Wirken wesentlich den friedlichen Wandel in Ost- und Mitteleuropa befördert, sie einen außerordentlichen Beitrag zur Bewahrung des Friedens in Europa in der Zeit des Kalten Krieges geleistet und die Demokratisierungsprozesse in den Transformationsländern nach dem Ende des Kalten Krieges in vielfacher Hinsicht positiv beeinflusst hat. Ihre umfassende Mitgliedschaft, die geographische Ausdehnung, die Einbindung der USA und Kanadas und Russlands als Gleiche unter Gleichen, die Breite ihres Sicherheitsverständnisses und ihr Charakter als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen sowie die ihr innewohnende strukturelle Einheit von

Normsetzungsinstitution und operativem Akteur prädestinieren die OSZE als Dachorganisation und Trägerin eines zukunftsfähigen kooperativen Sicherheitssystems der nördlichen Hemisphäre. Einige der Instrumente der Organisation haben die Bewährungsprobe erfolgreicher Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung eindrucksvoll bestanden. Gleichwohl erweist sich der Weg zur Erfüllung der friedenspolitischen Vision der „Charta von Paris“ aus dem Jahre 1990 als steinig. Das Scheitern der Gewaltprävention auf dem Balkan wurde der mangelnden institutionellen Stärke der OSZE angelastet, während es tatsächlich die europäischen Staaten als Träger der Organisation waren, die in der Übersetzung der Vision von Paris in die Realität der europäischen Politik versagt haben. Die Stärkung der Instrumente der OSZE auf der Grundlage ihrer friedenspolitischen Normen ist eine Chance für Europa. Ihre Leistungen werden weltweit anerkannt. Ihre Defizite zu überwinden, muss Ziel einer dauerhaft tragfähigen Friedens- und Sicherheitspolitik in und für Europa sein.

Das IFSH hat bereits 1995 mit dem Konzept einer „Europäischen Sicherheitsgemeinschaft“ (ESG) Leitlinien für ein zukunftsfähiges Sicherheitssystem als Fundament einer dauerhaften Friedensordnung in Europa vorgezeichnet. Das Konzept gründet auf die Idee eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit, angelehnt an den inspirierenden Gedanken der Charta der Vereinten Nationen für die Weltgemeinschaft, des Entstehens der Gemeinschaft für die Sicherheit jedes einzelnen ihrer Mitglieder. Große wie kleine Staaten stehen unter gleichem Recht, erhalten gleiche Sicherheit, übernehmen gleiche Verpflichtungen. Die Gewaltoption als letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit wird im Konzept der ESG aus der Verfügung der Einzelstaaten, bzw. ständiger oder zeitweiliger Staatenkoalitionen, in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt. Die Modellierung eines funktionsfähigen Sicherheitsmodells widerspricht nicht der tiefgründigen Erforschung der Leistungsbilanz und der Leistungsmöglichkeiten bestehender Sicherheitsorganisationen in Europa, wie der OSZE und der EU oder von Rüstungskontrollregimen und -vereinbarungen. Im Gegenteil. Das normativ ausgerichtete Modell fungiert als Kompass für die Überprüfung und für Vorschläge zur Beseitigung von Defiziten in der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik, als Gradmesser für die Konzipierung realitätsbezogener Strategien zur Gewaltprävention und Friedenskonsolidierung, als ein tauglicher Wegweiser für die Stärkung der Institutionen, Regeln, Mechanismen und Verfahren zur Zivilisierung von Konflikten, in und durch Europa.

2. Gegenstand und Ziele

Das Forschungsprogramm des IFSH richtet sich auf Fragen der Gewaltprävention und der Zivilisierung von Konflikten in und durch Europa in einem weiten Sinne. Dies schließt

- Grundsatzfragen der Gewaltprävention,
- Ursachenkomplexe und Austragungsfelder gewaltsamer Konflikte,
- die Prüfung der Rolle, Verfahren und Instrumente internationaler Akteure bei der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung sowie
- die Frage der zivilen Einbindung des militärischen Faktors ein.

Darin eingebunden ist gerade unter Beachtung der Aufgaben der EU, der OSZE und der Gestaltung zukünftiger Rüstungskontrolle die Frage internationaler und interinstitutioneller Konkurrenz und Kooperation. Eine solche weite Fragestellung ist schon deshalb notwendig, um nicht durch vorschnelle Festlegung und Spezialisierung bestimmte Dimensionen des Gesamtprozesses auszublenden und der Komplexität der Problemzusammenhänge angemessen Rechnung zu tragen. Das IFSH nimmt dabei bewusst in Kauf - allein schon

wegen seiner begrenzten Ressourcenlage - nicht immer alle Aspekte innerhalb eines Themengebietes gleichzeitig bearbeiten zu können.

Das übergeordnete Ziel der Forschungsaktivitäten des IFSH ist es, zu einem besseren wissenschaftlichen Verständnis der Dynamik von Gewaltkonflikten zu kommen, darauf aufbauend politische Handlungsoptionen vorrangig im Rahmen der OSZE und der EU zu entwerfen und dadurch auf wissenschaftlicher Grundlage zu einer Zivilisierung von Konflikten beizutragen.

Grundsatzfragen der Gewaltprävention stellen das übergreifende Arbeitsfeld des Instituts dar, zu dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beitragen.

Bei der Untersuchung der *Ursachenkomplexe und Austragungsfelder gewaltsamer Konflikte* konzentriert sich das IFSH langfristig auf die Themenbereiche Demokratisierung, Institution-Building und Verregelung internationaler Beziehungen in Europa und bezogen auf europäisches Handeln in der Welt.

Für die Analyse der *Rolle internationaler Akteure* bei der zivilen Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, der Wirksamkeit ihrer Instrumentarien sowie ihrer interinstitutionellen Kooperation legt das Forschungsprogramm den Schwerpunkt auf die OSZE und EU unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen im Agieren dieser Organisationen mit den Vereinten Nationen, der NATO, dem Europarat und subregionalen Kooperationssystemen in Europa sowie unter Beachtung des Verhältnisses von Einzelstaaten und multilateraler Zusammenarbeit. Ergänzt wird diese Analyse durch die Rüstungskontrollperspektive, die mit dem primären Fokus auf den Problemgegenstand flexibel nach geeigneten Instrumenten und Handlungsoptionen für unterschiedliche Akteure sucht.

Die *zivile Einbindung des militärischen Faktors* wird zum einen anhand des Beitrags der OSZE bzw. der EU zur Reform und demokratischen Kontrolle von Streitkräften bzw. des gesamten Sicherheitssektors untersucht, zum anderen hinsichtlich der quantitativen und qualitativen Begrenzung militärischer Kapazitäten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die regionalen Schwerpunkte sind hierbei der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien. Flankierende regionale Projekte werden fallweise dann in die Überlegungen einbezogen, wenn sie insbesondere der Stärkung des Forschungsprofils in der Arbeitsbereichen OSZE und EU dienen bzw. zur Fundierung speziell der interdisziplinären und praxisgerichteten Forschung und Lehrtätigkeit am IFSH beitragen.

Das IFSH stellt über seine Forschungstätigkeit im engeren Sinne hinaus forschungsbezogene Dienst- und Transferleistungen einschließlich regelmäßig erscheinender Standardpublikationen bereit. Wie aus dem Forschungsprogramm zu ersehen ist, soll dieser Bereich ausgeweitet werden. Dass dies nicht zu Lasten der Forschung geschehen darf, erschließt sich bereits aus dem Umstand, dass die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen längerfristig nur auf einer soliden Forschungsbasis und den damit verbundenen Lern- und Qualifizierungsprozessen der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen erfolgen kann.

3. Forschungsrahmen und Forschungsfelder

Ziel dieses Abschnitts ist es, die zentralen Forschungsfelder des IFSH zu benennen und gegenüber anderen möglichen Fragestellungen abzugrenzen, um so einen Rahmen für die Forschungstätigkeit des Instituts zu schaffen.

Das IFSH bearbeitet *Grundsatzfragen der Gewaltprävention und zivilen Konfliktbearbeitung*. Der Themenkomplex Gewaltprävention repräsentiert auch nach einem Jahrzehnt der (Neu-)Befassung immer noch mehr Fragen als konzeptionelle Antworten, geschweige denn erklärungskräftige Theorien. Die Fülle unterschiedlicher, häufig unverbundener und teils widersprüchlicher theoretischer Ansätze ist meist induktiv aus Fallbeispielen gewonnen worden. Das IFSH betreibt praxisgerichtete Forschungsarbeiten, die auf eine größere Verallgemeinerbarkeit von Aussagen im Bereich Gewalt- und Krisenprävention sowie Friedenskonsolidierung als Themenfelder der OSZE und der EU zielen. Solche Arbeiten können sich schwerpunktmäßig auf Ursachenkomplexe, Akteure, Instrumente, die Verbindung unterschiedlicher disziplinärer Ansätze, auf ausgewählte transdisziplinäre Untersuchungsmethoden, die Einführung bisher nicht ausreichend genutzter Theoriefelder bzw. eine Kombination dieser Aspekte konzentrieren. Angesichts des geringen Theoretisierungsgrades in diesem Forschungsbereich kommt dabei empirisch-analytischen Vorhaben, die auf induktivem Wege zu allgemeineren Aussagen kommen wollen, nach wie vor eine Schlüsselrolle zu. Von besonderem Gewicht auch unter wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkten - und dies erschließt sich bereits aus der Geschichte des IFSH und seiner international anerkannten Leistungen auf diesem Gebiet - ist die Fortführung von trans- und interdisziplinären Untersuchungen, die insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung als Instrument der Krisen- und Gewaltprävention stehen.

Im Unterschied zum militärischen *Peace Keeping* ist der internationale Kenntnisstand über Arbeitsweise und Wirkungsparameter ziviler multifunktionaler Vor-Ort-Missionen insbesondere der VN und der OSZE als sehr gering zu bewerten. Hier geht es zum einen darum, die Ausformung und Wirkungsweise spezifischer Instrumente von der klassischen Vermittlung über das breite Spektrum Demokratie-bezogener Aktivitäten bis hin zu exekutiven internationalen Polizeieinsätzen und *Peace Keeping* zu untersuchen.

Einen weiteren Untersuchungsgegenstand stellen die komparativen Vorteile der verschiedenen internationalen Organisationen, Regime und Verträge dar, die jeweils über ein spezifisches Potential struktureller und operativer Instrumente verfügen, sowie ihre Konkurrenz und Kooperation. Aufbauend darauf sind die Effektivität und Effizienz solcher Einsätze sowohl aus binnenorganisatorischer Sicht als auch, und das ist entscheidend, hinsichtlich ihrer stabilisierenden Wirkung auf den jeweils untersuchten Konflikt zu beurteilen.

CORE befasst sich im besonderen mit den Aktivitäten der OSZE, bezieht aber grundsätzlich in einem integralen Ansatz die der anderen internationalen Organisationen mit ein. Für die IFAR sind eine Vielzahl internationaler Organisationen, Institutionen und Vereinbarungen hinsichtlich ihrer rüstungskontrollpolitischen Dimension relevant. Eine neue Schwerpunktsetzung verlangen die wachsenden Aktivitäten der EU im Bereich der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung, die im aufzubauenden Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) bearbeitet werden sollen. Die übergreifenden Themenfelder für CORE und ZEUS bieten Raum sowohl für spezifische Untersuchungen zur Wirksamkeit der OSZE und der Europäischen Union als auch durch sich synergetisch ergänzende Analysefelder und -methoden für ein kohärentes Forschungsprofil des IFSH insgesamt.

Im Bereich der wissenschaftsgestützten Dienstleistungen befasst sich CORE auf der Grundlage seiner bisherigen Aktivitäten (Beteiligung am Ausbildungsgang des Auswärtigen Amts für Mitglieder ziviler VN- und OSZE-Missionen) weiterhin mit Fragen der Ausbildung von und Bereitstellung spezifischer Information für künftige Missionsmitglieder. Dabei sollen insbesondere solche Fragen bearbeitet werden, die - wie die Bereitstellung landes- und konfliktspezifischer Information oder die Evaluierung von Ausbildungsstandards - eine hohe Wissenschaftsnähe aufweisen. Die IFAR wird ihre erfolgreiche Gutachtertätigkeit insbesondere für die DLR (Galileo-Studie) oder für das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) fortsetzen. Im Vordergrund steht hier das Monitoring rüstungsrelevanter Entwicklungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Auch die Beratung des Rüstungskontrollreferates im Auswärtigen Amt soll auf expliziten Wunsch des Leiters dieser Abteilung fort dauern.

Die Analyse der *Ursachen von Gewaltkonflikten* und die Bestimmung der *Aufgabenfelder zu deren Zivilisierung* stellen einen weiteren Forschungsschwerpunkt des IFSH dar, der zwar empirisch von dem o.g. akteursorientierten Ansatz nicht zu trennen ist, aber aus forschungsstrategischen Gründen einer eigenständigen Fokussierung bedarf. Das IFSH konzentriert sich auf die Demokratisierung und die Bildung von Institutionen sowie die politische und rechtliche Verregelung der internationalen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung Europas zur regionalen Friedensordnung und zur globalen Friedensmacht. Die anwendungsorientierte Forschung am IFSH verortet das Institut mit Blick auf die Untersuchung grundlegender Theorien der internationalen Politik primär auf der Nachfrageseite. Obwohl das IFSH auch künftig nicht zu einem originären Theorieproduzenten werden wird, sollen die Forschungsbefunde zur verbesserten Strukturierung empirisch-analytischer Erklärungsmuster von Entwicklungen in den internationalen Beziehungen einen Beitrag leisten.

Beim Themenkomplex Demokratie/Demokratisierung durch externe Akteure wird im Gegensatz zu einem auf das Wahl-Regime fokussierten Verständnis (exemplarisch *Freedom House*) von einem umfassenderen Demokratieansatz (exemplarisch „*embedded democracy*“-Ansatz von Merkel/Puhle) ausgegangen, da nur so die Stabilisierungswirkungen von Demokratie und Demokratisierung erfasst werden können. Beim Themenkomplex Institutionen-Bildung und Verregelung internationaler Beziehungen soll primär die originäre Zivilisierungswirkung von politisch-rechtlich ausgehandelten bzw. verhandlungsorientierten Ansätzen gegenüber machtgestützt-unilateralen, tendenziell gewaltförmigen Ansätzen der Konfliktregulierung empirisch und konzeptionell untersucht werden. Neben der Befassung mit den Transformationsrisiken in den postkommunistischen Staaten Europas wird in diesem Themenkomplex auch Bezug zu nehmen sein auf die grenzüberschreitend wirkenden, auf die innere und äußere Sicherheit Europas Einfluss nehmenden, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, technologischen und kulturellen Entwicklungen und Konflikte mit hoher Gewaltlatenz, die einer konzeptionellen und institutionellen Verregelung bedürfen und insofern gleichermaßen für die OSZE wie auch für die Europäische Union friedens- und sicherheitspolitisch handlungsleitend sind bzw. ohne Zweifel handlungsleitend werden. Gerade für den Bereich der Verregelung und Institutionalisierung der Kontrolle von Gewaltmitteln kann Rüstungskontrolle hier eine präventive Funktion einnehmen und in Krisen Vertrauen und Stabilität schaffen. Inhaltlich zu nennen sind hier exemplarisch Probleme der Ressourcenverknappung, der politischen und sozialen Folgen ungleichförmiger Globalisierung, der Migration, des Terrorismus, des Minderheiten- und Menschenrechtsschutzes; institutionell-organisatorisch geht es um die Stärkung multilateraler Kodizes und Verfahren einerseits im Binnenverhältnis der europäischen Organisationen,

andererseits in deren Beziehungen zu anderen wichtigen regionalen Kooperationssystemen in Amerika, Asien und Afrika, sowie im Rahmen der Vereinten Nationen.

Bei der Untersuchung der *zivilen Einbindung des militärischen Faktors* fasst das IFSH zwei Themenkomplexe zusammen. Der erste betrifft die Ausformung des Instruments Streitkräfte (sowie des gesamten Sicherheitsapparats) hinsichtlich Auftrag, Größe, Struktur und Ausstattung sowie den Einsatz dieses Instruments durch demokratisch legitimierte Instanzen. Das zweite Untersuchungsfeld betrifft die quantitative, qualitative und präventive Begrenzung militärischer Fähigkeiten durch Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Die erste Fragestellung betrifft nicht nur postkommunistische Transformationsstaaten und Entwicklungsländer, sondern auch die entwickelten Demokratien in Europa, allerdings mit unterschiedlicher Untersuchungsperspektive. Bei der Analyse des Streitkräftedispositivs der Mitgliedstaaten der EU, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, lautet die zentrale Frage, ob und inwieweit Streitkräfte über die Selbst- und Bündnisverteidigung hinaus zur Flankierung primär ziviler Konfliktregulierungsoptionen geeignet sind, ob gesichert ist, dass ihr Einsatz auf hinreichender völkerrechtlicher Grundlage erfolgt, oder ob Strukturen und Strategien auf unilaterale Interventionsoptionen zielen. Insbesondere nach dem auf der Grundlage von Artikel 51 der VN-Charta und Artikel 5 des Washingtoner Vertrages durchgeführten Militäreinsatz in Afghanistan unter Beteiligung europäischer Staaten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, ist zu prüfen, welchen Stellenwert militärische Einsatzmittel in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU künftig einnehmen sollten, und insbesondere, in welchem Verhältnis diese zu anderen (zivilen) Einsatzmitteln stehen müssen, um der Zielsetzung zu genügen, drohenden Konflikten vorzubeugen, bestehende Sicherheitsrisiken zu mildern und einen zivilisierten Konfliktaustrag zu ermöglichen. Darüber hinaus ist zu untersuchen, wie eine effektive demokratische Kontrolle von Streitkräften im Einsatz zu gewährleisten ist und die Wirksamkeit und die Anpassung von Grundprinzipien wie der Inneren Führung zu sichern ist. In diesem Zusammenhang sind Fragen der Sicherheitssektorreform, wie sie für Entwicklungsländer diskutiert werden, auch für die Transformationsländer Europas, z.B. im Kaukasus und in Zentralasien, von Bedeutung sowie des Weiteren auch für die künftige Ausrichtung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. In der Binnenschau der EU reihen sich hinter die Fragen des Auftrages und der Ausstattung einer zukünftigen europäischen Armee eine Vielzahl von Fragen. Etwa, wie die derzeitige rüstungsindustrielle Entwicklung hin zu einem gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt zu bewerten ist, und ob die damit verbundene rüstungsdynamische Rolle der EU entsprechend rüstungskontrollpolitisch einzuhegen ist, um im Einklang mit dem Leitbild einer „Friedensmacht“ zu bleiben.

Besondere synergetische Effekte werden durch gemeinsame Untersuchungen von Problemgegenständen durch die beiden forschungspolitischen Pfeiler des IFSH „ZEUS und CORE“ sowie der IFAR erwartet. Hier gilt es, an den Schnittstellen von Sozial- und Naturwissenschaften Problemkomplexe hin auf die konzeptionelle Anpassung ausgehandelter und gradualistischer Ansätze an multipolar-asymmetrische Beziehungsmuster in den internationalen Beziehungen zu fokussieren. Für die Perspektiven der europäischen Sicherheitspolitik sowie deren äußere sicherheitspolitische Rahmenbedingungen gewinnen fundierte Analysen zur strategischen Rüstungskontrolle (Nuklearwaffen, Raketenabwehr/Weltraumwaffen) sowie zur originären europäischen und subregionalen Rüstungskontrolle und Abrüstung wachsendes Gewicht. Dies gilt auch und insbesondere unter Beachtung des Umstandes, dass angesichts einer im Vergleich zur Ära des Kalten Krieges schwächer strukturierten Weltordnung einerseits der politische Druck auf weiterführende

Rüstungskontrollmaßnahmen deutlich abgenommen hat, während gleichzeitig durch anhaltende, sich zum Teil sogar beschleunigende Tendenzen der horizontalen und vertikalen Proliferation von Rüstungen und neuen Rüstungstechnologien Stabilitätsrisiken erwachsen, welche die Sicherheitslage Europas direkt beeinflussen bzw. europäische Sicherheitspolitik im globalen Maßstab vor neue Herausforderungen stellen. Die praxisgerichtete Erforschung von Verfahren und Instrumenten zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zielt, in Zusammenarbeit mit Naturwissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vor allem der Universität Hamburg auf die Erarbeitung praktikabler politischer und naturwissenschaftlich-technischer Lösungsangebote in Kernbereichen der Konzipierung, Durchführung und Überwachung von für Europa strategisch wichtigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverfahren.

Die *regionalen Schwerpunkte* der Forschungstätigkeit des IFSH stellen jene drei europäischen bzw. an Europa angrenzenden Subregionen dar, welche die höchste Dichte gewaltsam ausgetragener Konflikte aufweisen: der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien. Dabei dürfen andere Regionen Europas (insbesondere Osteuropa) sowie die auf den Maghreb, Asien sowie den Nahen und Mittleren Osten gerichteten Maßnahmen der EU und der OSZE nicht ausgeblendet werden.

Gewaltförmig ausgetragene Konflikte auf dem *Balkan* dürften nach dem Regimewechsel in der BR Jugoslawien und der zunächst beigelegten akuten Krise in Mazedonien ihren Intensitätshöhepunkt überschritten haben. Dennoch steht eine schwierige, wahrscheinlich in Jahrzehnten zu messende Konsolidierungsphase bevor, die eine langfristige Verfolgung dieses geografischen Schwerpunkts erfordert. Das Streben der Europäische Union, die Balkanstaaten schrittweise enger an die europäische Integration heranzuführen, bietet den Völkern in der Region eine hoffnungsvolle Perspektive stabilen Friedens als Richtschnur der gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Transformation. Dies ist zugleich aber auch eine große Herausforderung an eine konsistente Friedenskonsolidierungspolitik der europäischen Institutionen. Sowohl EU als auch OSZE fällt hierbei Schlüsselverantwortung zu.

Kaukasus und Transkaukasus werden aufgrund der desolaten wirtschaftlichen Lage, der hohen ethnopolitischen Fragmentierung, einer virulenten alltäglichen bewaffneten Gewalt, der großen Ressourcenvorkommen, der damit verbundenen Großmachtinteressen und der aus all diesen Faktoren erwachsenden indifferenten Funktionalisierung der Primärkonflikte auf lange Sicht Krisenherde bleiben. Auch für die Bearbeitung dieser Themen sind sowohl spezifische, das Leistungsprofil der jeweiligen Organisationen berücksichtigende Probleme, als auch die Chancen über- und ineinandergreifender Lösungsangebote seitens der OSZE und der EU durch CORE und das aufzubauende ZEUS zu untersuchen.

Für die fünf *zentralasiatischen Staaten* gilt Ähnliches. Hinzu kommt, dass sich in dieser Region islamistische Bewegungen zu einer ordnungspolitischen Herausforderung für ein westlich-säkular geprägtes Demokratieverständnis entwickeln könnten, eine Entwicklung, die wahrscheinlich erst am Anfang steht. Die umfassende Agenda der OSZE bietet eine normative Grundlage für die analytische Auseinandersetzung mit diesem Problem, die effiziente Anwendung und Entwicklung ihrer Mechanismen einen möglicherweise praktikablen Ansatz für die Entschärfung einer drohenden Eskalationsdynamik. Insbesondere CORE wird sich den langfristig angelegten Forschungsvorhaben zu dieser Region widmen.

Die Flankenregionen gewinnen für Europa wachsendes Gewicht. Die Erweiterung der europäischen Integration nach Osten und Südosten ist eine einzigartige friedenspolitische Chance zur Gestaltung einer langfristig tragfähigen europäischen Friedensordnung unter

Einschluss Russlands. Gleichzeitig rückt die Erweiterung reale und potenzielle Krisenherde und Stabilitätsrisiken in die unmittelbare Reichweite europäischer Politik. Beides hat Konsequenzen sowohl für die Vertiefung der Integration und die innere Stabilität der Integration Europas als auch für die Anforderungen an Gemeinsamkeit und Kooperation in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der europäischen Staaten. Während mangelnde Kohärenz die gestalterischen Einflussmöglichkeiten Europas auf die internationale Politik zu schmälern droht, erhofft man sich insbesondere in den flankierenden Regionen ein aktives und starkes Engagement Europas in der Krisenprävention und Friedenskonsolidierung. Auch auf der globalen Bühne sieht sich Europa mit der Herausforderung konfrontiert, größere außen- und sicherheitspolitische Aufgaben in multilateraler Verantwortung zu übernehmen. Die Analyse der Ursachen existenter Gewaltkonflikte und latenter Krisenprozesse ist dabei sowohl für die Entwicklung, Anpassung und Anwendung der vorhandenen Instrumente und Verfahren zur Prävention und Friedenskonsolidierung von Bedeutung als auch für die Perspektive einer über die Grenzen des Kontinents wirkenden Friedensmacht Europa. Forschungsprojekte, die sich mit diesen Fragen befassen, werden hauptsächlich bei ZEUS bearbeitet und so ausgewählt, dass sie zur Profilschärfung des neu entstehenden Forschungszentrums am IFSH beitragen. Zu den wichtigsten Themenfeldern zählen dabei die Erweiterungspolitik in Osteuropa, die Nahost- und die Mittelmeerpolitik der Europäischen Union, darüber hinaus wird Augenmerk der Zusammenarbeit der EU mit den Vereinten Nationen und ihren friedenspolitisch relevanten Regionalorganisationen gemäß Kapitel VIII der VN-Charta sowie ihrer Entwicklungspolitik beizumessen sein, sofern diese insbesondere sicherheitspolitisch wichtige Fragen (z.B. der Sicherheitssektorreform in Partnerländern) betrifft. Auch sind spezifische friedens- und sicherheitspolitische Partnerkonzepte der EU, bezogen auf besonders wichtige Staaten (z.B. China) oder Subregionen (z.B. Mittlerer Osten, Indischer Subkontinent, Nordostasien) oder auf strukturelle Themen (Terrorismus, Rüstungsproliferation) in der Forschung zu behandeln.

4. Forschungsplanung/-vorhaben „OSZE-Forschung“ und „Europäische Sicherheitspolitik“ 2002-2003

Im Folgenden werden die einzelnen für die Jahre 2002 und 2003 geplanten Forschungsvorhaben des IFSH in ihrem inhaltlichen und kooperativen Zusammenhang in knapper Form dargestellt. Zu beachten ist, dass einige der bereits in Angriff genommenen Forschungsprojekte die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur thematischen Fokussierung naturgemäß noch nicht berücksichtigen konnten und dennoch fristgerecht und in hoher Qualität zum Abschluss zu bringen sind. Die Neustrukturierung der Arbeitsbereiche, insbesondere die damit anstehenden Aufgaben zur Bildung eines „Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien“ (ZEUS) am IFSH, wird zu erkennbaren Konzentrationen und Präzisierungen und damit auch zu einer entsprechend angepassten Systematik führen. Die hierfür erforderlichen, zur Zeit bereits angestellten gründlichen konzeptionellen Überlegungen werden in zügig zu treffende Entscheidungen münden, die dann in der Forschungsplanung 2003-2004 ihren Niederschlag finden werden.

Die Forschungsprojekte im Einzelnen werden in den Forschungsplänen von CORE und ZEUS (im Aufbau) sowie der Interdisziplinären Forschungsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung aufgeführt und beschrieben. Eine Überarbeitung und Präzisierung der Forschungspläne wird in Übereinstimmung mit den konzeptionellen Entscheidungen zum künftigen Profil des IFSH bis zum Jahresende 2002 vorgelegt.

4.1. Gewalt- und Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Arbeitsfelder und -instrumente der OSZE (und der VN)

In diesem Themenbereich sind Projekte angesiedelt, die teils stärker auf Themenfelder, teils stärker auf Interventionsinstrumente zielen, wobei beide Bereiche untrennbar miteinander verbunden sind. Das gemeinsame Ziel dieser Vorhaben besteht darin, dazu beizutragen, den internationalen Kenntnisstand über die Möglichkeiten und Grenzen ziviler Konfliktintervention durch internationale Organisationen spürbar zu vertiefen.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE gilt schlechthin als *die* „Erfolgsstory“ dieser Organisation bei der Regulierung ethnopolitischer Konflikte, eine vergleichende empirische Untersuchung seiner Wirksamkeit liegt jedoch bisher nicht vor. Das seit 1999 laufende, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderte Projekt „Zur Wirksamkeit des OSZE-Minderheitenregimes. Vergleichende Fallstudien zur Umsetzung der Empfehlungen des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE“ (*HKNM-Projekt*) untersucht in Estland, Lettland und der Ukraine für Russisch sprechende Minderheiten, in Rumänien für die ungarische und in Mazedonien für die albanische Minderheit zum einen die relative Wirksamkeit des HKNM, zum anderen die Frage, welche Bedingungen zu einer unterschiedlichen Wirksamkeit des Instruments HKNM führten. Das Projekt wird bis Ende 2002 abgeschlossen.

Das bei der Volkswagen-Stiftung zur Bewilligung eingereichte Projektvorhaben „Sicherheit durch Demokratisierung. Theoretischer Rahmen und vergleichende Fallstudien zu Zielen, Problemadäquazität, Organisation und Wirksamkeit der auf Sicherheitsbildung gerichteten Demokratisierungsmaßnahmen der OSZE in Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan“ (*Demokratie-Projekt*) soll den großen Zusammenhang zwischen Demokratie, Transformation, innenpolitischen Konfliktkonstellationen und externen Demokratisierungsstrategien untersuchen. Die Fallauswahl greift bewusst jene Subregionen heraus, in denen externe Demokratisierungsansätze auf die größten Demokratiedefizite und teils auch auf konkurrierende ordnungspolitische Wertmuster (Islam) treffen. Das Vorhaben kann wesentlich von den Vorarbeiten des HKNM- und des Missionsprojekts (s.u.) profitieren.

Die Fragestellung des Verhältnisses der normativen Basis der OSZE zu den ordnungspolitischen Ansprüchen islamistischer Bewegungen wird exemplarisch im laufenden Projekt „Aufbau einer friedenserhaltenden Dialoglinie mit Vertretern des gemäßigten Flügels islamistischer Kräfte in Tadschikistan und Zentralasien“ (*Tadschikistan-Projekt*) vertieft. Dieses in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt durchgeführte Vorhaben stellt ein Forschungsexperiment dar, das den Kenntnisstand über das Kooperationspotential zwischen säkularen und gemäßigt islamistischen Kräften vertiefen und zugleich einen Dialogprozess zwischen Vertretern dieser beiden Gruppierungen in Tadschikistan organisieren will. Nach erfolgreicher Berichterstattung Ende 2001 hat das Auswärtige Amt einer Fortführung des Projekts im Jahre 2002 zugestimmt. Auch das Außenministerium der Schweiz beteiligt sich inzwischen an dem Projekt.

Von den eher instrumentell ausgerichteten Vorhaben untersucht das bei CORE angesiedelte und von der Volkswagen-Stiftung geförderte Projekt „Internationale Polizei - eine Alternative zur militärischen Konfliktbearbeitung?“ (*CivPol-Projekt*) anhand von acht Fallbeispielen (u.a. Ost-Timor, Bosnien und Herzegowina, Kosovo) die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Polizeieinsätze als Ergänzung, möglicherweise partiell auch als Ersatz für militärische *Peace Keeping*-Optionen. Eine vergleichbare Untersuchung gibt es in Deutschland bisher noch nicht. Weiterführende Forschungen zum „Beitrag der OSZE zum

Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan“ sind nach Abschluss des Projekts Ende Juli 2002 vorgesehen. Ein entsprechender Antrag zur Drittmittelfinanzierung wird im Juni 2002 zur Bewilligung eingereicht. Angesichts der Tatsache, dass auch die EU ein eigenes internationales Polizeikontingent beschlossen hat, sind vergleichbare Überlegungen für Forschungsvorhaben auch bei der Konzipierung von ZEUS anzustellen, wobei die Erkenntnisse der bereits abgeschlossenen bzw. neu vorgesehenen Projekte bei CORE ein hohes Synergiepotenzial erwarten lassen.

Das von der Volkswagen-Stiftung geförderte Projekt „Leistungsbilanzen von OSZE- und VN-Missionen unterschiedlicher Größenordnung am Beispiel der Missionen in Georgien, dem Kosovo, in Mazedonien und in Tadschikistan“ (*Missions-Projekt*) hat am 1. Januar 2002 seine Arbeit aufgenommen. Da das Vorhaben auch international die erste systematische empirische Untersuchung multifunktionaler ziviler OSZE- und VN-Missionen darstellt, kommt ihm für diesen Themenbereich zentrale Bedeutung zu. Das bei CORE angesiedelte Vorhaben profitiert von den Vorarbeiten des CivPol-Projekts, mit dem eine enge Zusammenarbeit vorgesehen ist.

Einen spezifischen Themenbereich von hoher Bedeutung insbesondere für Fragen der Friedenskonsolidierung untersucht das 2001 begonnene und organisatorisch bei CORE angesiedelte Projekt „Towards a Comprehensive Strategy on Forced Displacement: Integrating the Refugee Dimension into EU External Relations“ (*Refugee Project*), das einerseits wegen seiner Fallauswahl (Balkan, Kaukasus, Maghreb) Synergien zu anderen CORE-Projekten aufweist, andererseits aufgrund seines zentralen EU-Bezugs in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt Europäische Sicherheitspolitik durchgeführt wird. Das Projekt wird in 2003 abgeschlossen. Vorgesehen ist anschließend, beginnend in 2003, ein drittmittelfinanziertes Folgeprojekt am künftigen ZEUS zum Thema „Repatriation after ethnic conflict: the impact of refugee return on peace-building“ (*Repatriation-Project*) anzusiedeln, das zu kohärenten Schlussfolgerungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im wichtigen Themenbereich der Rückkehr von Flüchtlingen nach Beendigung von Bürgerkriegskonflikten führen soll.

Auf der Grundlage der Beteiligung von CORE am Ausbildungsgang des Auswärtigen Amts für künftige Mitglieder ziviler VN- und OSZE-Missionen wurden zwei spezifische *wissenschaftsgestützte Dienstleistungen* erbracht. CORE hat zum einen im zurückliegenden Jahr im Auftrag des Auswärtigen Amts ein so genanntes *Mission Information Package (MIP)* zum Kosovo erarbeitet, zwei weitere zu Bosnien und Herzegowina sowie zum Südkaukasus befinden sich in Vorbereitung. Die MIP, die in englischer Sprache als Download-Version (<http://www.core-hamburg.de>) zur Verfügung stehen, bieten aktiven oder künftigen Missionsmitgliedern einen mit zahlreichen Querverweisen zu weiterführenden Informationsquellen versehenen Überblick über die Konfliktentwicklung in ihrem Einsatzland und die diesbezügliche Tätigkeit der internationalen Organisationen. Die MIP werden in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt, der *Training and Capacity Building Unit* des OSZE-Sekretariats und den entsprechenden Missionen produziert.

Zum anderen wird CORE im Auftrag des OSZE-Sekretariats in enger Zusammenarbeit mit der OSZE *Training and Capacity Building Unit* und der *Swedish International Development Agency* das *Mission Preparedness Evaluation Project* durchführen, dessen Ziel darin besteht, eine umfassendere Evaluierung des Ausbildungsstandes von Missionsmitgliedern und darüber indirekt der in den verschiedenen OSZE-Teilnehmerstaaten angebotenen Ausbildungsgänge vorzunehmen. Das Vorhaben ist insofern von besonderer Bedeutung, als es das erste CORE-Projekt ist, das in direkter institutioneller Kooperation mit einer internationalen Organisation

durchgeführt wird. Das Projekt beginnt am 1. August 2002 und hat eine Laufzeit von einem Jahr.

Regionale Schwerpunkte

Die regionalen Schwerpunkte der Forschungstätigkeit des CORE konzentrieren sich auf den Balkan, den Kaukasus und Zentralasien.

Balkan

Da sich das HKNM-Projekt, das Missionsprojekt, beide Polizeiprojekte und die *Mission Information Packages* ganz oder teilweise auf den Balkan bzw. einzelne Länder dort beziehen, ist diese Subregion in hervorragender Weise durch Forschungen am CORE abgedeckt. Da das IFSH davon ausgeht, dass die Balkan-Problematik auch auf längere Sicht hin relevant bleiben wird, ist vorgesehen, regelmäßig Vorhaben zu dieser Subregion zu bearbeiten. Dies ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, einen vertieften Kenntnisstand bei spezialisierten Mitarbeiter/innen aufzubauen und zu erhalten.

Kaukasus

Zusätzlich zum Fallbeispiel Georgien des Missionsprojekts, den Fallbeispielen Aserbeidschan und Georgien des Demokratisierungsprojekts und einem *Mission Information Package* zum Südkaukasus bearbeitet das laufende Projekt „*Die Außen- und Sicherheitspolitik Georgiens: Zur Rolle kleiner und schwacher Staaten bei der Gestaltung einer neuen europäischen Friedensordnung*“ im Rahmen einer Länderstudie die spezifischen sicherheitspolitischen Probleme der kaukasischen Staaten. Zwischen den genannten vier Vorhaben ergeben sich insbesondere in Bezug auf Georgien hervorragende Synergiepotentiale. Damit wird gleichzeitig die vorhandene Kaukasus-Expertise vertieft. Der Schwerpunkt Kaukasus soll langfristig bearbeitet werden und auch den nordkaukasischen Bereich einbeziehen.

Zentralasien

Mit den laufenden Vorhaben Tadschikistan II-Projekt, Missions-Projekt, nach Genehmigung Demokratisierungs-Projekt und einem durch CORE im Auftrag des Auswärtigen Amts erstellten OSZE-Islam-Papier wird der Aufbau eines Kompetenzbereichs Zentralasien im Rahmen dieses Forschungsprogramms fortgeführt. Da davon ausgegangen wird, dass die Konfliktdichte in diesem politisch, kulturell-normativ und strategisch wichtigen Verbindungsraum auf längere Sicht zunehmen wird, soll dieser Schwerpunkt bei CORE langfristig aufrecht erhalten und ausgebaut werden.

4.2 Gewalt- und Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung. Arbeitsfelder und -instrumente der EU

Die Europäische Union ist bereits seit längerer Zeit im Bereich der strukturellen Konfliktprävention tätig, hat sich aber erst seit 1999 verstärkt den Aufgabenfeldern operativer ziviler Krisenprävention und militärischer Konfliktintervention zugewandt. Der Aufbau einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ist ein langwieriger Prozess, der mit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags formal in Gang gesetzt wurde, ohne jedoch große Fortschritte zu machen. Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates im Jahre 1999 zur Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wurde eine neue Etappe der politischen Zusammenarbeit eingeleitet, deren Erfolg maßgeblich davon abhängen wird, ob die Beteiligten in der Lage sind, sich auf ein gemeinsames außen- und sicherheitspolitisches Leitbild zu verständigen. Dabei handelt es sich um eine zentrale Idee, die Handlungsspielräume absteckt und Strategien ermöglicht und rechtfertigt. Normative

Konzepte wurden in der Vergangenheit verschiedentlich entwickelt, keines jedoch scheint hinreichend geeignet, den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts für die Integration und für eine starke friedenspolitische Rolle Europas in der Welt zu genügen. Das IFSH präferiert ein Leitbild für die sich erweiternde und vertiefende Integration Europas, das auf eine Stärkung der EU als Friedensmacht für Europa und als gestaltender Akteurin des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch Europa zielt. Die Präzisierung dieses Leitbildes und die Analyse der hiervon ausgehenden konzeptionellen, instrumentellen und methodischen Ansätze der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik ist das Ziel der Bildung eines Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien am IFSH (ZEUS).

Das profilbildende Gerüst des neuen Forschungsschwerpunktes wird sich aus fünf Projektlinien zusammensetzen:

- die Präzisierung des Leitbildes der EU als Friedensmacht in Europa und als gestaltende Akteurin des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit;
- die Entwicklung der GASP und der ESVP in Übereinstimmung mit dem Leitbild der Friedensmacht und unter Berücksichtigung der hiermit verbundenen institutionellen, funktionalen und operativen Herausforderungen, insbesondere bezogen auf das forschungspolitische Leitmotiv des IFSH, einen wissenschaftlichen Beitrag zur Zivilisierung des Konflikts in und durch Europa zu leisten;
- die Analyse der Erweiterung der Union und der hieraus erwachsenden Chancen für die Schaffung eines kooperativen Sicherheitssystems und die Konsolidierung einer Europa-weiten Friedensordnung, aber auch der potenziellen Belastungen, die aus der Bündelung unterschiedlicher nationalstaatlicher Interessen, ökonomischer Entwicklungsniveaus, sozialer Traditionen, ethnopolitischer Identitäten und verschiedener kultureller Wertvorstellungen für das Zusammenwachsen Europas und die Behauptung eines kollektiven friedenspolitischen Leitbildes in und durch Europa entstehen können;
- die Untersuchung der Perspektiven des transatlantischen Verhältnisses im Wandel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen Europa und Amerika infolge der Globalisierung, hierbei vor allem der Gefahr des Auseinanderdriftens des sicherheitspolitischen Grundkonsens' zwischen EU-Europa und den USA sowie zu erwartende Belastungen für die transatlantische Sicherheitsintegration der NATO;
- die Erforschung der gestalterischen Potenzen der Europäischen Union als globaler Akteurin der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik unter Beachtung der spezifischen Handlungsspielräume und Potenziale der europäischen Integration und einer geschlossen agierenden Union für die Prävention und die Beilegung von regionalen Gewaltkonflikten an der künftigen Peripherie eines sich erweiternden EU-Europas.

Dringender Forschungsbedarf besteht hinsichtlich der Erweiterung und Ausformung des präventiven Potenzials der EU, der Ausgestaltung ihres vorhandenen und ausbaufähigen Instrumentariums sowie ihrer Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, insbesondere der OSZE und den VN.

Unter dem profilbildenden Leitbild der Europäischen Union als Friedensmacht für das neu zu bildende ZEUS sollen institutionelle, funktionale, instrumentelle und konzeptionelle Herausforderungen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bzw. die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik untersucht werden. Den Bezugsrahmen für die Analyse der friedens- und sicherheitspolitischen Kompetenz und Effizienz der EU bilden neben integrationspolitischen Gesichtspunkten vor allem die Erweiterung der Union, die

transatlantischen und inter-institutionellen Verflechtungen sowie die EU als *global security provider*. Die mit Bildung des ZEUS verknüpften forschungsstrategischen Entscheidungen werden im Jahr 2002 getroffen, um durch eine zügige Verankerung grundständiger Forschungsthemen eine konsistente Strategie zur Bereitstellung von verfügbaren Ressourcen durch personelle Umschichtungen und Umstrukturierungen sowie ferner zur kurz- und mittelfristigen Einwerbung von Drittmitteln zu entwickeln. Für jede der fünf oben genannten Projektlinien sollen grundständige Forschungsthemen für ZEUS erarbeitet und 2002 bzw. den nachfolgenden Jahren als bewilligungsreife Anträge zur Drittmittelfinanzierung vorgelegt werden. Diese Projektanträge (Kernthemen) sollen so konzipiert werden, dass sie als langfristiges Fundament für systematische Folgeuntersuchungen und Ergänzungsprojekte am ZEUS geeignet sind. Neben der Aufarbeitung der ausstehenden Ergebnisse des Verfassungskonvents der EU sind hier insbesondere zukunftsweisende Themen, wie zum Beispiel die Konzeptionalisierung einer Europäischen Armee, die Entwicklung der Interaktion und der internationalen Vernetzung multilateraler regionaler Kooperationsstrukturen, die Modellierung von langfristig tragfähigen Rüstungskontroll- und Abrüstungsstrategien für die Europäische Union, sowie die Perspektiven der Entscheidungsprozesse innerhalb der Union zur Friedens- und Sicherheitspolitik unter Berücksichtigung der Spannung zwischen Demokratieerfordernis und operativer Effizienz auszuwählen. Mit Blick auf die Konzeptionalisierung einer Europäischen Armee kann auf Vorarbeiten im IFSH zurückgegriffen werden.

Im Zuge der Bundeswehrreform wurde im Jahre 2000 - unter Beteiligung von Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern, Angehörigen der Streitkräfte, Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Bereiche und Institutionen - am IFSH eine Arbeitsgruppe „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ eingerichtet, deren Ergebnisse im Jahre 2001 in einem Abschlussbericht der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Arbeitsgruppe wird durch den von der Bundeswehr an das IFSH abgeordneten Offizier koordiniert. Erkennbare Probleme in der Umsetzung der Bundeswehrreform der Bundesregierung sowie bislang wenig konzeptionell durchdrungene Probleme im Zusammenhang mit der im Kosovo, in Mazedonien und in Afghanistan stationierten „Bundeswehr im Einsatz“ haben zu Folgeforschungen zur Anpassung der Leitsätze und des Konzepts der Inneren Führung an die neuen Anforderungen an die Bundeswehr veranlasst. Institutionelle Defizite der gesellschaftlichen Integration der Streitkräfte sind zu analysieren und politische Lösungsansätze zu entwickeln. Das IFSH widmet sich diesem Thema im Andenken an die programmatischen Leistungen seines Gründungsdirektors Wolf Graf Baudissin zur Begründung des Konzepts der Inneren Führung. Die landläufige Bewertung der Inneren Führung als „Exportschlager“ der Bundeswehr zwingt zum einen zur Anpassung ihrer Leitsätze und Inhalte an die Bedingungen der „Bundeswehr im Einsatz“, zum anderen sind die Möglichkeiten der Anwendung ihrer Prinzipien durch Verbündete und Partner innerhalb und außerhalb der EU zu prüfen.

Im Jahre 2001 ist, nach fünf äußerst erfolgreichen Jahren, die erste Phase des bisher von der Volkswagen-Stiftung drittmittelfinanzierten Internationalen Fellowship-Programms Graf Baudissin (IFGB) zu Ende gegangen. Ziel des in Zusammenarbeit mit der Führungsakademie der Bundeswehr durchgeführten IFGB ist es, Offizieren, aber auch Mitarbeitern der zivilen Verteidigungsadministration und angeschlossener Wissenschaftseinrichtungen vordringlich aus mittel-, südost- und osteuropäischen Ländern im Rahmen eines jeweils sechsmonatigen Forschungsaufenthalts am IFSH die Gelegenheit zu geben, sich mit Fragen der Inneren Führung und der europäischen Sicherheit auseinander zu setzen. Da nach Auffassung des IFSH weiterhin dringender Bedarf nach einem derartigen Projekt besteht, laufen Bemühungen zur Fortsetzung des Fellowships unter besonderer Berücksichtigung der von der EU unterstützten Sicherheitssektorreform in den Balkanstaaten und in Afghanistan. Ein erstes

Kurzzeit-Pilotprojekt mit afghanischen Offizieren wird im Herbst 2002 in Zusammenarbeit mit der GTZ durchgeführt.

Unter Berücksichtigung der gebotenen konzeptionellen Entscheidungen zur Bildung von ZEUS werden darüber hinaus weitere bereits in Angriff genommene Projekte in hoher Qualität fortgeführt und, soweit möglich, auf die Unterstützung der genannten thematischen Profilierung des Forschungsschwerpunkts orientiert.

In weiteren Fallstudien wird die Effizienz des in der EU verfügbaren Instrumentariums der GASP bzw. der ESVP mit dem Ziel untersucht, unter Maßgabe der Parallelität von Integration und Erweiterung langfristig tragfähige und politisch praktikable Angebote zur Gewalt- und Krisenprävention, zur zivilen Konfliktbearbeitung und zur multilateralen Friedenskonsolidierung zu unterbreiten. Vorgesehen sind u.a. Analysen zur EU-Politik in Bezug auf die anstehende Sicherheitssektorreform in schwach strukturierten postsozialistischen Staaten, auf die Lage im Nahen Osten und den Kaukasus sowie zur Asienpolitik der EU im Rahmen der GASP.

Im Forschungsfeld der Krisenprävention wurde, aufbauend auf einer bereits 2001 vom IFSH abgeschlossenen Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung sowie im Rahmen des interdisziplinären Forschungsvorhabens „Umweltressourcen und Gewaltkonflikte“ der Universität Hamburg mit der Erarbeitung einer Studie zur Wirksamkeit der Wasserrichtlinie der Europäischen Union bei der präventiven Deeskalation von grenzüberschreitenden Ressourcennutzungskonflikten begonnen. Erste Ergebnisse fließen in ein Ende 2002 abzuschließendes Kooperationsprojekt der Universität Hamburg, der GKKS und des IFSH zum kooperativen Flussmanagement, u.a. am Beispiel des *Yellow River* ein. Es ist zu prüfen, inwieweit die akkumulierte Expertise mit Blick auf die Krisenpräventionspolitik der Europäischen Union hinsichtlich des Problems der Wasserverknappung in das Profil des künftigen ZEUS integriert werden kann, auch unter Berücksichtigung der Beteiligung an einem von der Universität Hamburg vorgesehenen und unter Beteiligung des IFSH vorbereiteten interdisziplinären Sonderforschungsbereichs zu Problemen der konkurrierenden Nutzung von knappen Umweltressourcen. Da die Beilegung von Umweltkonflikten für die Gewaltprävention in der Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird, steht die Europäische Union vor der Aufgabe, geeignete Instrumente zur zivilen Balance ökologischer, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen zu entwickeln.

Regionale Schwerpunkte

Bei der Untersuchung des Beitrags der EU als globaler Akteurin der Friedens- und Sicherheitspolitik, insbesondere unter Berücksichtigung von Herausforderungen zur Gewaltprävention infolge existierender oder latent drohender regionaler Konflikte mit globaler Ausstrahlung sowie virulenter grenzüberschreitender Problemlagen von friedens- und sicherheitspolitischer Bedeutung wird sich das künftige ZEUS zunächst - neben der Behandlung von Problemen des Balkans in Zusammenarbeit mit CORE sowie der transatlantischen Beziehungen - vor allem mit drei Regionen befassen: Ost- und Mitteleuropa im Kontext der anstehenden Entscheidungen zur Erweiterung der Union, dem Nahen und Mittleren Osten als Krisenregion an der südlichen Peripherie der EU und mit Asien, insbesondere im Zusammenhang der entstehenden multilateralen Kooperationen zwischen der EU mit dem ARF, der ASEAN und der SCO.

Transatlantische Beziehungen

Die transatlantische Region ist über viele Jahre ein impliziter Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit des IFSH gewesen. Themen wie internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung oder die Gestaltung der europäischen Sicherheitslandschaft konnten und können nicht ohne Einbeziehung der atlantischen Partner USA und Kanada analysiert werden. In den neunziger Jahren wurden Fragen des Peacekeeping in enger Kooperation mit kanadischen und US-amerikanischen Wissenschaftlern in gemeinsamen Projekten untersucht. Die Rolle der NATO als einer der wichtigsten europäischen Sicherheitsorganisationen und insbesondere diejenige der einzig verbliebenen Supermacht USA sind bereits seit langem Untersuchungsgegenstand des IFSH. Die anstehenden Herausforderungen und Umbrüche in den transatlantischen Beziehungen haben unmittelbare Auswirkungen sowohl auf die Gestaltung der europäischen Sicherheitsstruktur als auch auf die künftige Rolle der EU als regionaler und globaler Friedensmacht.

Osteuropa und Russland

Osteuropa und Russland stellen traditionelle Schwerpunktregionen der Forschungstätigkeit des IFSH dar. Ihre Einbindung in eine tragfähige europäische Friedensordnung ist eine politische Notwendigkeit, deren Rahmenbedingungen heute günstiger sind als in den achtziger Jahren. Dennoch erfordert die Vielzahl der aktuellen und potentiellen gewaltsamen Konflikte eine nachhaltige wissenschaftliche Analyse der komplexen Ursachen, Zusammenhänge und Folgen im Hinblick auf eine Zivilisierung dieser Konflikte. Eine abgestufte Befassung mit dieser Region und insbesondere mit Russland wird auch weiterhin schon deshalb notwendig bleiben, weil die Russische Föderation in zahlreichen Konflikten auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion eine *interessierte Partei* ist, ohne deren (zumindest partielle) Kooperation diese Konflikte kaum zu lösen sein werden. Die Relevanz Osteuropas und Russlands ist Gegenstand der Forschungsarbeiten sowohl am CORE als auch am entstehenden ZEUS sowie der interdisziplinären Forschungsvorhaben zur Rüstungskontrolle.

Naher Osten und Mittlerer Osten

Mit einer Laufzeit bis 2004 wurde im Frühjahr 2002 bei der Deutsch-Israelischen Stiftung für Wissenschaftliche Forschung und Entwicklung ein Forschungsförderungsantrag für ein Vorhaben zum Thema: „*Terrorismus und Sicherheit: Die Rolle des Islam bei gewaltförmigen Prozessen des nation- und state-building in der post-bipolaren Welt*“ gestellt. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit der Tel Aviv University und dem Beit Berl College in Israel durchgeführt werden; eine Abstimmung mit CORE ist vorgesehen. Die Zuspitzung des Konflikts im Nahen Osten und in diesem Zusammenhang die Zunahme terroristischer Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Region stellen insbesondere die EU vor gewaltige Herausforderungen, die ihre innere Sicherheit, aber auch ihre potenzielle Rolle als Mittler und Partner der Konfliktlösung auf eine harte Probe stellen. Das Projekt soll Erkenntnisse für eine sorgsam abgestimmte Politik der internationalen Gemeinschaft im Zusammenhang mit überlappenden Erscheinungen religiösen Fundamentalismus und terroristischer Gewalt liefern, die auch für die Ausformung der GASP und ESVP von weitreichender Bedeutung ist.

Asien

Die EU hat im zurückliegenden Jahr konzeptionelle Leitlinien ihrer Asienpolitik im Rahmen der GASP verabschiedet, welche multilaterale Organisationen wie das ARF oder die ASEAN und einzelne wichtige Länder (insbesondere die VR China) betreffen. Die Asienpolitik kann - nicht zuletzt infolge der Entwicklungsdynamik bei gleichzeitiger Häufung weltpolitisch brisanter Konflikte (Korea, Taiwan, Indien/Pakisten) – als Bewährungsfeld der EU als global agierende Friedensmacht erachtet werden. Vorgesehen sind u.a. ein drittmittelfinanziertes

Projekt zum Thema „*Global Player EU? Zur Asienpolitik der EU im Rahmen der GASP*“ mit Laufzeitbeginn im Frühjahr 2003. Des Weiteren wird das vom IFSH herausgegebene „Security Handbook“ in seiner für 2004 vorgesehenen vierten Ausgabe regionale Entwicklungen in Asien im Kontext der GASP behandeln. An diesem internationalen Kooperationsprojekt des IFSH sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA, Japan, Russland, China, Korea und Europa beteiligt. Beide Projekte dienen der Profilierung des neuen ZEUS.

5. Forschungsplanung Interdisziplinäre Forschungsgruppe Rüstungskontrolle und Abrüstung (IFAR) 2002-2003

Am IFSH wurden in den vergangenen Jahrzehnten wichtige und international vielbeachtete Beiträge zur Rüstungskontrolle erarbeitet, so das Konzept der „kooperativen Rüstungssteuerung“ sowie Studien zur konventionellen und nuklearen Rüstung und Abrüstung, zur Bewertung technologischer Rüstungsprozesse, zur strategischen Stabilität, zur strukturellen Angriffsunfähigkeit sowie zur Vertrauensbildung und europäischen Sicherheit. Die Nachfrage nach der rüstungskontrollpolitischen Expertise des IFSH aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ist sehr hoch. Davon zeugt der - bezogen auf die Größe der Forschungsgruppe - vergleichsweise hohe Anteil drittmittelfinanzierter Forschung. Das Besondere der IFAR liegt in ihrer engen Verzahnung von Naturwissenschaft und Sozialwissenschaft, die insbesondere im Konzept der präventive Rüstungskontrolle zum Ausdruck kommt.

Die wichtigsten Forschungsfelder umfassen die Beobachtung der Abrüstungsfortschritte in Europa und weltweit, die Analyse destabilisierender Rüstungstrends und -technologien, deren Weiterverbreitung und Einbindung in künftige Militärstrategien, die Erarbeitung von Empfehlungen zur Verbesserung, Erweiterung und Effektivierung des internationalen Rüstungskontrollprozesses und Entwicklung von Konzepten präventiver Rüstungskontrolle und deren Verifikation.

Für den Zeitraum 2002-2003 sind folgende Projekte in Bearbeitung oder in Vorbereitung:

Ein von der Berghof-Stiftung für zwei Jahre gefördertes Projekt zur *Zukunft der Rüstungskontrolle* wird die Grundlagen, die Funktionalität und die Defizite der Rüstungskontrollidee herausarbeiten, die technologische Dimension zukünftiger Rüstungsentwicklungen vertiefen, das Konzept präventiver Rüstungskontrolle erweitern und praktische Empfehlungen an die Politik richten. Ziel des Projektes ist es, die Diskussion um die Zukunft der Rüstungskontrolle zu initiieren und hierzu weitere Teile der Gesellschaft einzubeziehen.

Aufbauend auf einem Rahmenprojekt des BMBF werden künftige Rüstungskontrollkonzepte und deren politische und technische Rahmenbedingungen analysiert. Im Rahmen des BMBF-Projektes „*Präventive Rüstungskontrolle*“ konnte ein erstes konzeptionelles und methodisches Fundament geschaffen werden. In einem Anschlussprojekt sollen einerseits die erarbeiteten methodischen Elemente (Kriteriendiskussion und Verfahren der Rüstungstechnologiefolgenabschätzung) verfeinert werden. Andererseits sollen in intensiver Verbindung mit der rüstungskontrollpolitischen Praxis die Umsetzungsmöglichkeiten im Rahmen der Vereinten Nationen und der OSZE eruiert werden. Dieses Projekt wird insbesondere für die Stärkung der rüstungskontrollpolitischen Expertise von Bedeutung sein.

Ebenfalls von der Berghof-Stiftung für zwei Jahre gefördert wird ein Projekt zur *Raketenabwehr* und neuen Abwehrtechnologien, das die zurückliegende Rüstungskontrolldekade unter dem Aspekt der fortschreitenden Rüstungsdynamik bilanziert. Untersucht werden die Wirkungen neuer Abwehrtechnologien und Wirkprinzipien u.a. durch Laserwaffen, elektromagnetische Kanonen bzw. den Wandel der Kriegführung (*Revolution in Military Affairs* etc.) auf Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die Technologiedynamik auf diesem Gebiet soll weiter verfolgt und Alternativen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von neuen Raketentechnologien sollen aufgezeigt werden. Ein weiteres Projekt soll, in Zusammenarbeit mit anderen Partnern, technisch praktikable und politisch-rechtlich tragfähige Maßnahmen für eine effektive Rüstungskontrolle im Weltraum untersuchen. Ein entsprechender Antrag an die Deutsche Stiftung Friedensforschung wurde Ende 2001 genehmigt. Eine einführende Studie zur Bewaffnung des Weltraums wurde für das Büro für Technikfolgenabschätzung des deutschen Bundestages bereits im Jahr 2002 erstellt. Internationale Workshops sind für die kommenden beiden Jahre vorgesehen.

Ziel des dritten Teilprojektes ist, Vorschläge zur Einhegung künftiger *Informations-Kriegführung* (*Information Warfare*, IW) zu erarbeiten. Es soll herausgearbeitet werden, welche Technologien für IW relevant sind, wie diese funktionieren und wo Beschränkungsmöglichkeiten bestehen. Zum anderen soll systematisiert werden, was unter IW zu verstehen ist, inwieweit diese Konzepte entsprechende Kriegführungsszenarien der Zukunft bestimmen und welche Schadenswirkungen zu erwarten sind. Insbesondere die Debatte um die so genannte „*Revolution in Military Affairs*“ und ihre Wirkung in Bezug auf Militärdoktrinen, Wehrstruktur und Einsatz sollen bearbeitet werden. Einzubeziehen ist hier die Debatte um die Verwundbarkeit „kritischer Infrastrukturen“, um den Cyberterrorismus und um künftige Kriege in Computernetzen. Vorschläge wie ein „Code of Conduct“, künftige Selbstbeschränkungsmaßnahmen sowie technologiebasierte Lösungen sollen ausgeführt werden. Es ist geplant, hierfür Drittmittel einzuwerben.

Ziel des Forschungsprojektes „*Weltraumbewaffnung und die Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle*“ ist es einerseits, die technischen Möglichkeiten von Waffensystemen im Weltraum auf der Basis heutiger und künftiger technologischer Entwicklungen zu analysieren sowie deren mögliche Konsequenzen für die internationale Sicherheit, die Rüstungskontrolle und die zivile Raumfahrt abzuschätzen. Andererseits sollen vorbeugende Beschränkungen für eine aktive Nutzung von Weltraumwaffen aufgezeigt und Impulse für internationale Rüstungskontrolle gegeben werden.

Rüstungstechnologische Innovationen sowie ihre Effekte werden in erheblichem Maße auch durch politisch-gesellschaftliche, ökonomische, militärische und allgemein technologische Rahmenbedingungen beeinflusst. Diese werden im Rahmen der RTFA durch die Kriterien graduell widerspiegelt. Es gilt, mit einer um dieses Element erweiterten RTFA genauere Aussagen zur Realisierungswahrscheinlichkeit und den Realisierungsfolgen zu ermöglichen. Insbesondere dynamische Prozesse müssen mit diesem Teil der Analyse sichtbar und bewertbar gemacht werden. Auch hier soll mit den einschlägig bekannten Forschungsinstituten und der VN bzw. OSZE zusammengearbeitet werden. Geplant ist, zusammen mit CORE einen Workshop zum Thema „Krisenprävention und Rüstungskontrolle“ durchzuführen, auf dem die sicherheitspolitischen und technologischen Möglichkeiten der Nutzung vorhandener Rüstungskontrollmaßnahmen diskutiert und möglichst umgesetzt werden sollen.

Für das künftige Forschungsprofil des IFSH wird angestrebt, die Expertise der IFAR weiter mit der Forschungstätigkeit von CORE und ZEUS zu vernetzen, und die Inter- und Transdisziplinarität der Forschung am IFSH in Kooperation mit anderen deutschen,

europäischen und amerikanischen wissenschaftlichen Instituten und Kooperationsverbunden (z.B. FONAS, CENSIS, TU-Darmstadt, DPG, ESA, MIT, FAS) weiter zu fördern.

6. Forschungsorganisatorischer Ausblick

Dauerhaft erfolgreiche Forschung bedarf einer langfristig zielorientierten Forschungsorganisation. Der folgende Abschnitt enthält einige Überlegungen zu zwei forschungsorganisatorischen Schlüsselfragen, nämlich nationale und internationale Kooperation sowie Personaleinsatz und Qualifizierung.

6.1 Nationale und internationale Kooperation

Das IFSH richtet in den kommenden Jahren die Entwicklung seiner wissenschaftlichen Kooperationsbeziehungen auf nationaler und internationaler Ebene an den folgenden vier Leitlinien aus, die in einem engen Zusammenhang stehen: schnellere, dichtere und stärker zielgerichtete *Kommunikation* mit wissenschaftlichen, politischen und sonstigen Partnern; stärkere Konzentration der *internationalen Kooperationsbeziehungen* auf Schwerpunktregionen und -länder; stärkere Konzentration der nationalen und internationalen Kooperationsbeziehungen auf *relevante Akteurs-Organisationen*; und Steigerung des *Institutionalisierungsgrades* der wissenschaftlichen Kooperation.

Angesichts des schwer überschaubaren internationalen Angebots an wissenschaftlicher Information und der oft kurzen Aktualitätsdauer konfliktbezogener Analysen wird die aktive Bereitstellung *schnellerer, dichter und stärker zielgerichteter Kommunikation* mit der Nachfrageseite auch für die friedens- und sicherheitspolitische Forschung zu einer Herausforderung.

Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen, dieser Herausforderung besser gerecht zu werden:

- Nach der 2001 abgeschlossenen Neugestaltung der IFSH- und CORE-Websites werden alle Veröffentlichungen aus dem IFSH, an denen das Institut oder seine Mitarbeiter/innen die Veröffentlichungsrechte besitzen, sofort *online* veröffentlicht. Zur besseren Information der Nachfrageseite werden, wie das bei CORE bereits der Fall ist, themenorientierte kostenlose *Online-Abonnementdienste* eingerichtet. Um den Rüstungskontrollgedanken transparenter und nachvollziehbarer zu machen, ist eine Website zur „Rüstungskontrolle“ im Aufbau.
- Wissenschaftliche Fachgesellschaften wie die AFK, die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) oder die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler sollen verstärkt für kommunikative Zwecke genutzt werden. Dabei ist ein hinreichender Grad an Institutionalisierung anzustreben. Gleiches gilt für die internationale Ebene.
- Laufende Projekte veranstalten verstärkt bereits während ihrer Laufzeit kleinere *Workshops* und Präsentationen, um bereits ihre Zwischenergebnisse zur Diskussion zu stellen. Zur Abstützung der inhaltlichen Orientierung ist eine stärkere *Konzentration der internationalen Kooperationsbeziehungen auf Schwerpunktregionen und -länder (Landesteile)* erforderlich.

Die regionale Schwerpunktbildungen Osteuropa, Balkan, Kaukasus, Zentralasien, Naher Osten und Asien in der langfristigen Forschungstätigkeit von CORE und ZEUS erfordern eine enge partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den Zielregionen und Zielländern der Forschung. Angestrebt wird die Errichtung jeweils mindestens einer institutionalisierten Partnerschaft in den Zielländern. Hierzu wird, neben der projektgebundenen Kooperation, die internationale Zusammenarbeit des IFSH in Forschung und Lehre (Willy-Brandt-Lehrstuhl in Polen, Masterstudiengang und entstehendes Balkan-Netzwerk, Europäischer Studiengang Demokratisierung und Menschenrechte u.a.) genutzt.

Neue thematische Herausforderungen und Anforderungen entwickeln sich häufig im Dialog zwischen nationalen und internationalen Akteuren und wissenschaftlichen Einrichtungen: Das Thema Sicherheitssektorreform z.B. ist maßgeblich von der Weltbank angestoßen worden. Um dieser Bedarfslage nach wissenschaftlicher Analyse gerecht zu werden, ist eine *stärkere Konzentration der nationalen und internationalen Kooperationsbeziehungen auf relevante Akteurs-Organisationen* erforderlich. Dabei können bestehende Kooperationsbeziehungen in Deutschland zu Ministerien, dem Deutschen Bundestag und verschiedenen anderen öffentlichen und halböffentlichen Institutionen als gut bis ausgezeichnet bewertet werden. Eine weitere Ausdifferenzierung ist dennoch anzustreben. Dagegen sind auf internationaler Ebene noch Defizite aufzuarbeiten. Nachdem mit dem Europarat regelmäßige, mit den verschiedenen OSZE-Institutionen dichte Arbeitsbeziehungen hergestellt worden sind sowie die institutionellen Beziehungen mit dem Institut für Sicherheitsstudien der EU im letzten Jahr intensiviert wurden, besteht jetzt das wichtigste Ziel darin, im Zusammenhang mit dem Aufbau von ZEUS engere Kooperationsbeziehungen zur EU-Kommission und anderen Institutionen im Bereich der EU aufzubauen.

Ebenfalls zu diesem Themenbereich gehört das Ziel, den Kreis der Förder- und Geberorganisationen auszuweiten und zu internationalisieren. Die *Steigerung des Institutionalisierungsgrades der wissenschaftlichen Kooperation* hat zwei Hauptaspekte. Zum einen sollte angestrebt werden, in Deutschland zusammen mit anderen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung gemeinsame Projekte in Größenordnungen zu beantragen und durchzuführen, für welche die Kapazitäten der einzelnen Einrichtungen nicht ausreichen. Angesichts der begrenzten Kapazitäten der deutschen Forschung über internationale Beziehungen im weiteren und der Friedens- und Konfliktforschung im engeren Sinne ist ein solcher Schritt notwendig, um im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb bestehen zu können. Zum anderen sollte der Institutionalisierungsgrad der internationalen wissenschaftlichen Kooperation bei Projekten mit Auslandsbezug schrittweise erhöht werden. Als Regel soll dabei gelten, dass jedes derartige Projekt nach Möglichkeit eng mit wissenschaftlichen Kooperationspartnern aus der zu untersuchenden Region oder dem jeweiligen Land zusammenarbeitet. Anzustreben ist eine Kooperation mit Instituten, die auch über Projektlaufzeiten hinaus aufrecht erhalten wird.

6.2 Personaleinsatz und Qualifizierung

Die nachfolgenden Anmerkungen beziehen sich erstens auf den Personalumfang, der notwendig ist, kontinuierlich bestimmte Themenschwerpunkte zu bearbeiten, und zweitens auf die themenorientierte Qualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen einschließlich einer zielgerichteteren Förderung von Nachwuchskräften.

Notwendiger Stellenumfang. Mittelfristig sollten bei CORE und ZEUS jeweils mindestens fünf feste Stellen für wissenschaftliche Referent/innen eingerichtet werden. Hinzu kommen mindestens zwei feste und eine langfristig zu befristende wissenschaftliche Stelle für die

Durchführung interdisziplinärer Forschungsprojekte zur Rüstungskontrolle sowie zwei bis drei feste wissenschaftliche Stellen (Professuren) zur dauerhaften Durchführung des postgradualen Masterstudienganges und des Doktorandenprogramms.

Themenorientierte Kompetenzteams. Komplexe Fragestellungen können immer weniger und erst recht nicht langfristig von Einzelwissenschaftler/innen bearbeitet werden. Von daher sind themenorientierte Kompetenzteams notwendig, die um den Kern fest angestellter Referent/innen herum aus Projektmitarbeiter/innen und Nachwuchskräften aufgebaut werden sollen. Dabei sorgen die festangestellten Kräfte für die unerlässliche Kontinuität, während Mitarbeiter/innen mit Zeitverträgen Flexibilität und neue Perspektiven einbringen. Gleichzeitig erleichtert diese Konstruktion die Einbeziehung ausländischer Mitarbeiter/innen sowie solcher Mitarbeiter/innen, die neben ihrer wissenschaftlichen Qualifikation relevante Praxiserfahrungen (z.B. aus internationalen Organisationen) einbringen können. Qualifizierte Forschung wird immer mehr auf einen in der wissenschaftlichen Forschung selbst verankerten Wissenschaft-Praxis-Austausch angewiesen sein.

Integration von Nachwuchskräften. Die beiden Ziele einer besseren Nachwuchsförderung und des Aufbaus von leistungsstarken Teams erfordern die Integration der Nachwuchsförderung in die laufende Forschungstätigkeit. Während heute die Themenfindung bei Diplom-/Magisterarbeiten und Dissertationen noch häufig auf primär individuellen, durch Beratung ergänzten Überlegungen der entsprechenden Nachwuchskraft beruht und folglich die Betreuung von außen, d.h. nicht aus einem laufenden Forschungszusammenhang heraus erfolgt, sollten in Zukunft, wie im naturwissenschaftlichen Bereich üblich, aus Projektzusammenhängen heraus solche Themen - einschließlich Betreuung - angeboten werden, die in dem jeweiligen Projektvorhaben nicht (ausreichend) untersucht werden können, den Bearbeitungsbereich des Projekts jedoch sinnvoll erweitern bzw. ergänzen. Diese Themenangebote, die in Abstimmung mit interessierten Nachwuchskräften flexibel zu handhaben wären, sollen über die *Websites* von IFSH und CORE öffentlich ausgeschrieben werden. Die entsprechenden Nachwuchskräfte sollen Teil der Projektteams werden. Diese Überlegungen gelten auch für den 2002 beginnenden Postgraduierten-Studiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ und für das Doktorandenprogramm.